

GLEICHWERTIGKEIT ALS INTEGRATIONSVERSPRECHEN

Ein Gespräch zu gleichwertigen Lebensverhältnissen mit Prof. Dr. Claudia Neu, Inhaberin des Lehrstuhls Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel

Das Interview führte Rainer Danielzyk.

Frau Neu, Sie sind Soziologin und Ernährungswissenschaftlerin, da liegt das Thema der gleichwertigen Lebensverhältnisse ja nicht unbedingt nahe. Wann haben Sie sich erstmals damit befasst?

Mit dem Thema „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ beschäftige ich mich sicher schon seit 20 Jahren, vielleicht auch länger. In meiner Dissertation zur sozialen Mobilität von Genossenschaftsbauern beobachtete ich bereits Mitte der 1990er Jahre die fundamentalen demografischen und infrastrukturellen Umbrüche, aber auch Kontinuitäten im ländlichen Raum Ostdeutschlands. Allerdings lief das damals nicht unter diesem sperrigen Label „Gleichwertigkeit“. Anfang der 1990er Jahre „entdeckte“ die Soziologie gerade erst wieder den demografischen Wandel. Zeitgleich spielte „Raum“ als Ungleichheiten generierende Größe in den Sozialwissenschaften wieder eine stärkere Rolle. Der Spatial Turn, der sich seit den 1990er Jahren in vielen Disziplinen vollzog, veränderte die Sicht auf Räume und Raumstrukturen. Räume aller Art sind nun nicht mehr einfach nur da, sondern werden seither stärker als soziale Produkte, also als von Menschen konstruiert und geschaffen, wahrgenommen. Nur bezog sich das neue soziologische Raum-Interesse anfänglich nicht unbedingt auf ländliche Räume.

Die raumbezogene Sozialforschung beschäftigt sich ja auch historisch gesehen eher mit modernen Großstädten als mit „traditionellen“ ländlichen Räumen.

Die Stadtforschung interessiert sich seit den 1990er Jahren wieder vermehrt für Segregation, Armut in Quartieren und neue Lebensstile. Der ländliche Raum spielte zu dieser Zeit im Westen vor allem als Freizeit- und Erholungsraum eine Rolle. Das änderte sich dann im Zuge der Wiedervereinigung. Nicht nur, dass die neuen Bundesländer deutlich ländlicher geprägt sind, sondern hier trafen zwei unterschiedliche (Agrar-)Systeme unmittelbar aufeinander. Entgegen den gängigen westdeutschen Erwartungen trat nach der Wende keine Angleichung an westliche Agrarverhältnisse, sprich bäuerliche Landwirtschaft, ein. Trotz

juristischer Rechtsformänderung bestimmen weiterhin Großbetriebe die ostdeutsche Landwirtschaft, heute aber mit einem Bruchteil des ehemaligen Personals. Nur wenig neue Industrie oder Gewerbe entstand im Gegenzug in der ländlichen Peripherie. Die Folgen für die Bevölkerung in diesen Regionen sind bekannt: hohe Arbeitslosigkeit, weite Pendelstrecken und für Jugendliche wenig Alternativen, sodass die einen wegzogen und die anderen arbeitslos an ihrem Heimatort verharrten. Mitte der 1990er Jahre konnte ich bei meiner Feldforschung in Brandenburg noch die Hoffnung auf „blühende Landschaften“ spüren. In den folgenden Jahren bremsten dann aber Geburtenrückgang, Brain-Drain und hohe Arbeitslosigkeit immer mehr den anfänglichen Optimismus. Heute wundere ich mich fast, wie schnell die sozialen Verwerfungen in den Dörfern hervortraten, wie unmittelbar der Verlust der sozialen Infrastruktur in den Dörfern Spuren hinterlassen hat. Dorfkonsum weg, Jugendclub dicht, Spielplatz verwaist. Mehr und mehr drifteten einige periphere Räume ab, während es in anderen städtischen Regionen wie Leipzig deutlich steiler bergauf ging. Die Veränderungen der Raumstrukturen wurden also zunächst nur als Transformationslast ostdeutscher Kommunen infolge von Deindustrialisierung und Abwanderung nach dem Abbau der ostdeutschen Betriebe wahrgenommen.

Was meinen Sie, woran lag das geringe Interesse für die demografischen und infrastrukturellen Entwicklungen in Ostdeutschland?

Für einen Südbadener oder eine Münchnerin ist Demmin halt sehr weit weg. Darüber hinaus hat der Arbeitskräftezufluss aus den neuen Bundesländern ja den südwestlichen Bundesländern oder Hamburg eher genutzt. Hier fiel der demografische Wandel eben auch viel später auf und zeigt andere Ausprägungen: nicht Bevölkerungsschwund und Infrastrukturabbau, sondern deutliches Bevölkerungswachstum in vielen Großstädten und im städtischen Umland. Da der Agrarstrukturwandel in der Bundesrepublik über viele

Jahrzehnte gelaufen ist, haben sich die Arbeitsmarktstrukturen im ländlichen Raum kontinuierlicher anpassen können. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Westen ländliche Räume „altern“ und Bevölkerung verlieren, vor allem durch die Bildungswanderung der jungen Menschen. Hier leiden Odenwald und Ostfriesland auch. Mit den Jahren haben wir mehr und mehr verstanden, dass Schrumpfen und Wachsen unmittelbar nebeneinander auftreten (können), also disperse Raumstrukturen Normalität werden. Inzwischen ist die Landkarte der sozialen und territorialen Ungleichheit in Deutschland sehr komplex geworden.

Jetzt sind Sie ja Inhaberin des Lehrstuhls für die Soziologie ländlicher Räume in Göttingen und Kassel. Wenn Sie sagen, dass sich die Raumstrukturen immer stärker ausdifferenzieren, macht es dann überhaupt noch Sinn, über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sprechen?

In jedem Fall! Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse war und ist das soziale Integrationsversprechen der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die klassische Industriegesellschaft integrierte ihre Bürger/innen einerseits über Arbeitsmärkte, andererseits aber über wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie flächendeckend bereitgestellte technische, soziale und politische Infrastrukturen. Arbeitsmärkte, öffentliche Infrastrukturen und Institutionen ermöglichen nicht nur Teilhabe, sondern auch gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie bereits angesprochen, haben demografischer Wandel, Wanderungsbewegungen und regionaler Abbau von Infrastruktur in den vergangenen drei Jahrzehnten die räumlichen Voraussetzungen geändert. Zudem sehen die Deutschen zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Und wie die Bertelsmann Stiftung in ihrem Zusammenhalts-Monitor 2020 herausfand, glauben die Bundesbürger/innen, dass infolge der Corona-Pandemie die sozialen Unterschiede weiter zunehmen werden. Wir brauchen m.E. daher eine Erneuerung dieses gesellschaftlichen Integrationsversprechens, das uns der politische Leitgedanke der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gibt, um allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabemöglichkeiten zu geben, den dispersen Raumstrukturen gerecht zu werden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht aus dem Blick zu verlieren.

Sie arbeiten seit vielen Jahren auch empirisch zu ländlichen Räumen in Deutschland, daher würde mich interessieren, was Sie – gerade für Raumplanung und Regionalforschung – an Ergebnissen aus Ihren aktuellen empirischen Forschungen berichten können?

Unser aktuelles BMBF-gefördertes Projekt „Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ [Universität Göttingen / SOFI e.V. – Anmerkung der Redaktion] widmet sich unmittelbar der Frage nach neuen Ansätzen, wie Menschen vor Ort auf disperse Raumstrukturen, schwächelnde Infrastruktur und demografische Veränderungen reagieren. Wie entstehen unter diesen veränderten Bedingungen Soziale Orte? Wie

nehmen die Landkreisbewohner/innen den sozialen Zusammenhalt im Ort, im Landkreis, in Deutschland wahr? Welche Bedingungen braucht es, dass Bürger/innen Soziale Orte selbst aufbauen?

Unsere Untersuchung läuft in zwei Landkreisen, einmal Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen und einmal Waldeck-Frankenberg in Hessen. Es handelt sich um zwei Landkreise in der Mitte Deutschlands, die einen bunten Mix von sehr ländlichen Gebieten, Kleinstädten und vitalen Dörfern aufweisen. Beide Landkreise sind einerseits mit demografischen und ökonomischen Herausforderungen konfrontiert, andererseits gibt es noch viele mittelständische Betriebe, sogar einige große Unternehmen und Hidden Champions. Ausreichend Arbeitsplätze sind also vorhanden – in Teilen herrscht sogar eher Arbeitskräftemangel.

Wie können wir uns diese Sozialen Orte denn vorstellen?

Ganz unterschiedlich. *Den* einen Sozialen Ort gibt es nicht. Es ist eine Gastwirtschaft dabei, die als Genossenschaft geführt wird (Dahlwigkthal) oder eine SoLaWi in Strohte, die eine Kulturscheune aufbaut. [In der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten – Anm. der Redaktion.] Soziale Orte entstehen aber keineswegs nur im ländlichen Raum. Wir untersuchen ein Urban-Gardening-Projekt („Rudolstadt blüht auf“) und ein Stadtteilprojekt in Saalfeld, das mit Kindern aus prekären Verhältnissen arbeitet. Auch zwei Initiativen für Geflüchtete sind dabei (Rudolstadt, Diemelstadt). Es gibt folglich sehr unterschiedliche Themen, die die Bürger/innen für sich entdecken. Diese Sozialen Orte folgen nicht einem konkreten Masterplan oder arbeiten ein Projekt ab, sondern reagieren flexibel auf soziale und infrastrukturelle Leerstellen. Sie sind stets Zusammenschlüsse verschiedenster Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Unternehmen, die sich untereinander und mit anderen vernetzen. An unserem Fallbeispiel „Zukunftswerkstatt Schwarzatal“ kann man sehr gut sehen, was damit gemeint ist. Die Zukunftswerkstatt schafft seit einigen Jahren regelmäßige Möglichkeiten zum Austausch, zum Kennenlernen, etwa beim „Tag der Sommerfrische“, oder Raum für Kooperationen, beispielsweise mit der Internationalen Bauausstellung Thüringen. Die Sozialen Orte weisen also durch ihre Vernetzungsarbeit über sich selbst hinaus. Wir haben es demnach nicht nur mit „realen“ Orten oder befristeten Projekten zu tun, sondern vielmehr mit langjährigen Prozessen, die durchaus auch konflikthaft sein können. Selbst wenn ein Projekt (-teil) endet oder ein Ziel erreicht ist, können neue Projekte initiiert werden und der Prozess läuft weiter. Wie in Diemelstadt: Ein Ort in Hessen, der sich in der Flüchtlingshilfe stark engagiert und sich sehr mit dieser Aufgabe identifiziert hat. Im Anschluss an dieses neue intensive Zusammenarbeiten zwischen Neubürgerinnen/Neubürgern, Alt-ingesessenen und Verwaltung schloss sich für die Diemelstädter/innen die Frage an: „Jetzt sind wir doch eigentlich in einem guten Prozess, was heißt denn das jetzt

für unsere Gemeinde, was steht in der Zukunft an und wie geht es mit uns weiter?“. Diese Fragen hat Diemelstadt dann in kleineren Regionalkonferenzen diskutiert, Herausforderungen benannt und Lösungsideen entwickelt, die schon fast alle umgesetzt sind.

Was sind dabei Gelingensfaktoren für Soziale Orte?

Ganz entscheidend bleibt der Punkt: Es braucht Infrastrukturen und öffentliche Institutionen. Eine intakte Infrastruktur bietet überhaupt erst einen Ankerpunkt, an dem Engagement anknüpfen kann. Wenn es keinen Clubraum, keine Gastwirtschaft oder kein Vereinsheim mehr gibt, wo Menschen zusammenkommen können, dann finden sie auch nicht zusammen. Soziale Orte entwickeln sich nicht gegen oder ganz ohne öffentliche Strukturen, sondern mit ihnen. Natürlich braucht es aktive Menschen vor Ort, die etwas anpacken und gestalten wollen. Ein harter Kern reicht aber meist schon, um andere zur gelegentlichen Mitarbeit anzuregen. Auch die Aktivsten brauchen finanzielle Unterstützung, Wertschätzung und die nötigen Freiräume. Wir haben zudem festgestellt, dass in unseren Sozialen Orten die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung überdurchschnittlich gut klappt. Verwaltung ist hier Partnerin, nicht Bremsklotz. Darüber hinaus haben wir auch mit der lokalen Wirtschaft gesprochen und können jetzt sagen, dass bei den örtlichen Unternehmen noch Engagementpotenzial zu heben wäre. Handwerk und Gewerbetreibende fühlen sich aber oft nicht angesprochen, wissen vielleicht auch zu wenig von den laufenden Aktivitäten.

Ihr Forschungsteam untersucht ja nicht nur im Feld Soziale Orte, sondern arbeitet auch an einem Soziale-Orte-Konzept. Was haben wir uns darunter vorzustellen?

Wie der Begriff „Soziale-Orte-Konzept“ schon vermuten lässt, bezieht es sich zum einen auf das raumplanerische Zentrale-Orte-Konzept, zum anderen beinhaltet der Begriff bereits die Kernaufgabe des neuen Konzepts, nämlich die Stärkung von „Sozialen Orten“ als positive Bedingungsfaktoren für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dafür muss das Soziale-Orte-Konzept jetzt nicht vollkommen neu ansetzen. Denn die Entwicklung der Daseinsvorsorge in der Industriegesellschaft hat zugleich infrastrukturelle Pfadabhängigkeiten geschaffen, die sich nicht ohne Weiteres verändern lassen: Siedlungs- und Verkehrsstrukturen, Wasser-, Energie- und Telekommunikationsversorgung. Insofern ergänzt das Soziale-Orte-Konzept das Zentrale-Orte-Konzept um die Idee, dass der soziale Zusammenhalt „vor Ort“ nicht nur gelebt, sondern aktiv gestaltet und gewährleistet werden muss. Uns schwebt schließlich eine neue Kartografie sozialen Zusammenhalts vor, die Ressourcen und Potenziale aufzeigen kann, aber auch auf Schwachstellen und Unterstützungsbedarf von Gemeinden und Regionen hinweisen kann.

Vielen Dank! Damit ist deutlich geworden, was mit dem Konzept der Sozialen Orte gemeint ist. Mich würde noch ein anderer Punkt interessieren, denn Sie sind ja nicht nur als Forscherin tätig, sondern auch in der Politikberatung aktiv. Welche Botschaften haben Sie an die Raumplanung und Regionalpolitik, die ja überwiegend Top-down-Programme für ganze Territorien entwirft, sei es für das Bundesgebiet, für die Länder oder Regionen – was kann die Raumplanung aus Ihren Arbeiten mit lebensweltlichem Bezug lernen?

Bleiben wir doch noch einen kleinen Moment beim Soziale-Orte-Projekt. Hier finden wir sowohl erfolgreiche Projekte, die top-down als auch bottom-up gestartet wurden. Bei den untersuchten Sozialen Orten in Saalfeld-Rudolstadt handelte es sich vorrangig um Initiativen, deren Ursprung in einem zivilgesellschaftlichen Akteursfeld zu finden ist. Der Anstoß ging also „von unten“ bzw. „bottom-up“ aus, was viele der in diesem Landkreis befragten Menschen auch als wichtige Voraussetzung für die Herstellung von gesellschaftlichem Zusammenhalt ansehen. Natürlich gibt es aber auch gute Beispiele dafür, dass der Anstoß ebenso vom Bürgermeister oder der Bürgermeisterin, also top-down, kommen kann – wie in den vorgestellten Beispielen etwa aus Diemelstadt in Waldeck-Frankenberg – wenn es gelingt, die Bürger/innen rechtzeitig für zukunftsweisende Ideen zu gewinnen und in die Entwicklung einzubinden. Top-down wie bottom-up braucht es vor Ort gute Kommunikationsstrategien und inklusive Partizipationsmöglichkeiten, die möglichst viele Menschen ansprechen – das kann auch mal nur Zuschauen sein. Akteurinnen/Akteure brauchen Handlungsspielräume und die Verwaltung braucht finanzielle und zeitliche Ressourcen, um hier unterstützend wirken zu können. Das bedeutet, dass Planung wesentlich kleinteiliger werden muss, was aber sehr viel mehr Mühe macht und nur mit und nicht gegen die Bürger/innen funktioniert und die Verwaltungen oft vor große Herausforderungen stellt.

Das heißt, vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen plädieren Sie vor allem für einen lokalspezifischen Ansatz in der Planung und Regionalpolitik, da jeder Ort anders ist und seine eigenen Potenziale hat?

Ich glaube, dass es beides braucht – also auch eine Planung auf zentraler Ebene oder einer Metaebene, aber eben auch lokal angepasste Strategien, die die Bedingungen und Bedarfe vor Ort berücksichtigen. Da ich ja oft im Feld unterwegs bin, sehe und höre ich, dass beide Ebenen oft nicht zusammenpassen. Mir scheint, wir brauchen eine Planung, die Menschen in die Lage versetzt, in unterschiedlichen Akteurskonstellationen eigene, teilweise sehr kleinteilige Lösungen zu finden. Auch jenseits der LEADER-Aktionsgruppen. Das heißt, weder eine absolute Top-down-Planung, die in weiten Teilen an Bedarfen vorbeigeht, noch die Vorstellung, dass es jedes Dorf für sich alleine schaffen kann oder muss. Hier kann ich mir ein gutes Zusammenspiel von Zentralem- und Sozialem-Orte-Konzept vorstellen.

Und wo in diesem weiten Themenfeld sehen Sie besonders relevante Forschungsfragen für die nahe Zukunft?

Die Corona-Pandemie, so scheint es mir, hat in vielerlei Hinsicht alte Ungleichheiten neu ausgeleuchtet. So ließ sich der Lockdown im Einfamilienhaus mit Gärtchen sicher besser aushalten als in der Anderthalbzimmerwohnung, alleinerziehend mit zwei Kindern. Zugleich erscheint das Landleben dank Homeoffice jetzt wieder sehr viel attraktiver, es deutet sich an, dass auch der erweiterte Verflechtungsraum der Großstädte für Familien interessanter wird. Inwieweit von der Landleben-Euphorie auch die ländliche Peripherie betroffen ist, muss man abwarten. Aber ohne entsprechende Internetanschlüsse in der Fläche bleiben hier womöglich etliche Regionen chancenlos zurück. Konzepte für periphere ländliche Räume braucht es, glaube ich, leider auch in Zukunft. Trotz anhaltender Begeisterung für die Arbeit im Homeoffice fehlt es vielen doch an direkten Begegnungsmöglichkeiten mit anderen Menschen. Stadionbesuche, Kneipenabend, Rockkonzert – zurzeit alles eher schwierig. Was bedeutet das für unser zukünftiges Zusammenleben, wenn Aktivitäten sehr stark auf das rein Private zurückgesetzt werden? Wo begegnet sich Gesellschaft dann eigentlich noch? Für mich ist aktuell die zentrale Frage: Wie gestalten wir zukünftig Zusammenhalt, damit für alle Bürger/innen – unabhängig von ihrem Wohnort – gesellschaftliche Teilhabe, individuelle Entfaltung und Begegnung möglich bleiben?

Frau Neu, vielen Dank! Ich denke, dass Ihre Ausführungen vielfältige Anregungen für die Raumplanung und Regionalentwicklung bereithalten, ich freue mich auf weitere Zusammenarbeit und danke Ihnen ganz herzlich für das Gespräch!



© Universität Kassel

PROF. DR. CLAUDIA NEU

ist seit 2016 Leiterin des Fachgebiets „Soziologie ländlicher Räume“ der Universitäten Göttingen und Kassel. Von 2009 bis 2016 war sie Professorin für Allgemeine Soziologie und empirische Sozialforschung an der Hochschule Niederrhein. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrates „Ländliche Entwicklung“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie Mitglied im Expertengremium „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.